

# Dresdener Volkszeitung

Vollständig: Dresden  
Sabon & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Redaktion: E. G. Sabon, Dresden.  
Postamt: E. G. Sabon, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Abnahme von Exemplaren ist die Zahlung im Voraus zu leisten, bei der Bestellung der Dresdener Volkszeitung kann jedoch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Rückzahlung des Betrages verzichtet werden.

Abnahme des Blattes einschließlich Postzuschlag mit der nächsten Unterzahlungsperiode (1. Oktober) an den Verleger, Dresdener Volkszeitung, Postfach 10 000, Dresden, unter Angabe der Postnummer 10 000.  
Abnahme des Blattes einschließlich Postzuschlag mit der nächsten Unterzahlungsperiode (1. Oktober) an den Verleger, Dresdener Volkszeitung, Postfach 10 000, Dresden, unter Angabe der Postnummer 10 000.  
Abnahme des Blattes einschließlich Postzuschlag mit der nächsten Unterzahlungsperiode (1. Oktober) an den Verleger, Dresdener Volkszeitung, Postfach 10 000, Dresden, unter Angabe der Postnummer 10 000.

Nr. 219 Dresden, Dienstag den 18. September 1928 39. Jahrg.

## Leichte Abschwächung Der Stand der Konjunktur

Der Tätigkeitsgrad in der deutschen Wirtschaft hat sich nach den Feststellungen des Konjunkturforschungsinstituts für Anfang September wieder leicht abgemindert, verhältnismäßig am stärksten in den wichtigeren Verbrauchsgüterindustrien. In den Produktionsmittelindustrien wurde die Beschäftigung in den letzten Monaten vorwiegend durch erhöhten Auslandsauftrag gestützt. Im Gegensatz dazu haben sich Auftragserteilung und Rohstoffzufuhr in ihrer konjunkturellen Bewegung auf nahezu unverändertes Niveau gehalten und zeigen offenbar nur abgerundete Abschwächung.

Das Inkrafttreten seiner Diagnose durch folgende Angaben: „Der Auftrieb der Auftragslage hat sich bei hohen, im Teil sogar steigenden Preisen verlangsamt. In den letzten Monaten scheint auch die Preissteigerung der Verbrauchsgüter mehr und mehr zum Stillstand gekommen. Die Lagerverhältnisse dürften sich verringert haben. Im Zusammenhang damit trat auf dem Markt der kurzfristigen Kredite eine Erleichterung ein, die jedoch unannehmlich einer saisonmäßigen Anspannung Platz macht. Auf dem Kapitalmarkt ist eine Entspannung trotz vorübergehend verärgelter Zustände nicht zu erwarten.“

Vollständigend daran wird folgende nicht ungünstige Prognose gegeben: „Die an sich starken depressiven Kräfte, die um die Jahreswende zu einer leichten Abschwächung des Tätigkeitsgrades führten, haben sich nicht weiter gesteigert, sondern — als Folge der Abschwächung — sogar etwas vermindert. Wenn auch in den nächsten Monaten mit einer saisonmäßigen Verschärfung des Geldmarktes zu rechnen ist, so macht die unveränderte Kredit- und Dispositionslage der Wirtschaft den Eintritt schwererer Rückschläge jedoch nicht wahrscheinlich.“

## Die Stahlhelm-Hetze

Der Hassbottenschaft des brandenburgischen Stahlhelms gegen die Republik und ihre Repräsentanten hat sich der zweite Bundesvorsitzende dieser Organisation am Sonntag in einer Rede in Prenzlau für die Bundesleitung angeschlossen. Dürstberg erklärte, daß die Volkshetze „programmatisch für den ganzen Stahlhelm gilt“.

In der gipfelführenden Hassbottenschaft heißt es: „Wir hassen mit ganzer Seele den augenblicklichen Staatsoberhaupt, seine Form und seinen Inhalt, sein Werden und sein Sein. Indem wir offene und rücksichtslose Gegner des heutigen parlamentarischen Systems sind, bekämpfen wir zugleich alle diejenigen Organisationen, Gruppen und Einzelpersonlichkeiten (Dresdener u. a.), die unter dem Vorwande „um Schlimmeres zu verhindern“ ihr Kompromiß mit dem von uns bekämpften System suchen.“

Diese Haß- und Brandmarkungsbottenschaft ist also von der Bundesleitung als ihr Programm angenommen worden. Der Stahlhelm ist eine ordinäre Hetschorganisation geworden. Damit ist endlich die notwendige Klarheit geschaffen. Der Stahlhelm hat, hat in seiner Verwaltung nichts zu suchen; heraus mit den Stahlhelmern aus den Reihen der Republik!

## Die Hefzer der Fememörder

Berlin, 18. September. (Sp. Funkpost.) Die sogenannte kommunistische Freiheitsbewegung, das Parteiliche der Graefe und Hilde, hat in Eisenach eine Tagung abgehalten. Auf dieser Tagung forderte Herr von Oppen, der Freund der Fememörder, die „Tatbestände für die deutschen Fememörder“ auf.

Die Herrschaften solidarisierten sich also offen mit verurteilten Fememördern, deren Brutalität in den Gerichtsverhandlungen den Anklägern ausländischen Menschen hervorgehoben hat. Sie nennen die Fememörder „Helden“, um sie als edel und erhaben und als Träger einer göttlichen Mission darzustellen. Wenn es nach diesen „Helden“ ginge, wäre die deutsche Regierung und Verwaltung bald in den Händen von Fememördern, Totschlägern und Mordanschlägern. Alles entsprechend der „deutschen Art“.

## Das kommunistische Volksbegehren

Der Reichsminister des Innern hat dem kommunistischen Volksbegehren durch Verordnung vom 17. September stattgegeben. Die Eintragung des Begehrens beginnt am 1. Oktober und endet am 16. Oktober.

Inzwischen wird mitgeteilt: Der Reichsminister des Innern hat mit Rundschreiben vom 17. September die Landesregierungen ersucht, hinsichtlich des Volksbegehrens die erforderlichen weisungsmäßigen Anordnungen zu treffen und alle Vorbereitungen für die Durchführung des Eintragungsbekanntens sofort in die Wege zu leiten.

In dem Rundschreiben werden die für die Durchführung des Volksbegehrens erforderlichen Maßnahmen und Richtlinien für einen zweckmäßigen und reibungslosen Verlauf gegeben. In dem Rundschreiben heißt es: „Die Reichsregierung legt großes Gewicht auf äußerliche Ordnung und reibungslosen Verlauf des Volksbegehrens. Niemand darf Anlaß zu berechtigter Klage haben, daß die Durchführung des Volksbegehrens durch unzulässige Eintragungen oder unzulässige Maßnahmen unannehmlich gemacht und unannehmlich verzögert worden sei. Ich bitte, alle Gemeindeführer und Ortsvereine anzuweisen, in allen Fragen von diesem Rundschreiben zu handeln und bei Zweifelsfragen über Verfahren der Durchführung des Volksbegehrens rasch und scharf einzuschreiten.“

„Besonders wichtig ist für die Befolgung der Vorschriften die Zahl der Nennlichkeiten.“

## Falsche Koalitionspolitik

Stellungnahme der sächsischen Parteinstanzen

Am Montag nachmittag tagte im Dresdener Volkshaus eine gemeinsame Sitzung der Landesinstanzen der Sozialdemokratischen Partei Sachsens, der sächsischen Landtagsabgeordneten, der sächsischen Reichstagsabgeordneten sowie der Vertreter der sächsischen Parteipresse, um sich mit der politischen Lage in Sachsen zu beschäftigen, wie sie sich auf Grund der Vorgänge im Reich ergeben hat. Nach eingehenden Worten des Vorsitzenden, Genossen Edel, hielt Genosse Ripinski ein kurzes Referat zu diesem Thema. Er behandelte noch einmal die wichtigsten Ergebnisse der Parteiausführung und schloß die Verhandlungen die Stellungnahme der verschiedenen Abteilungen. Weiter besprach er die politische Situation, die sich in wenigen Wochen bei der Wahlprüfung der Regierungsbildung ergeben wird, und behandelte in diesem Zusammenhang besonders auch die Frage einer Umgestaltung der preussischen Regierung. Dann verlas Genosse Ripinski auf den Anfang nächsten Jahres stattfindenden Parteitag, der sich grundsätzlich mit dem Reichsproblem beschäftigen soll, er betonte, daß wir uns schon heute mit den Aufgaben dieses Parteitages beschäftigen müssen. In Bezug auf die Frage des kommunistischen Volkstums habe im Parteiausführungswort Genosse Ripinski geäußert, daß eine Umgestaltung nicht in Frage komme, da diese Aktion der Kommunisten ausschließlich gegen die Sozialdemokratische Partei gerichtet sei. Zum Schluß hielt Genosse Ripinski die Frage eines sächsischen Landesparteitages und die künftige Werbetätigkeit der Partei.

Nach diesem entscheidenden Referat fand eine sehr eingehende, etwa vierstündige Aussprache statt, an der sich die Genossen Müller, Wittke, Gasse, Plauen, Wädel, Fleißner, Haebling, Plauen, Kleinrich, Bobisch, Leipzig, Diebig, Hebrich, Strödel, Gendewitz, Edel, Gasse, Argel sowie die Genossinnen Berg, Thiel, Leipzig, und Frau Gendewitz beteiligten. In dieser Aussprache wurden die sächsischen Fragen der Reichspolitik, ihre Würdigung auf die sächsische Politik, die Aufgaben des künftigen Parteitages und eine Reihe anderer aktueller Fragen eingehend besprochen. In Bezug auf den Parteitag wurde von verschiedenen Rednern stark unterstrichen, daß es sich hier nicht in erster Linie um eine militärische, sondern um eine Frage der Politik handle. Unsere grundsätzliche Einstellung gegenüber der Reichsfrage und allen militärischen Maßnahmen des Klassenkampfes überhaupt wurde besonders von den Genossen Strödel, Hebrich und Edel behandelt. Außerdem wurde über die Taktik der sächsischen Reichstagsabgeordneten in Vergangenheit und Zukunft gesprochen. Das Ergebnis der Diskussion entsprach dem Zweck, der mit der Einberufung dieser Sitzung verbunden war, nämlich eine einheitliche politische Linie der sächsischen Parteiführung herzustellen. Einmütig wurde dabei die folgende Entschließung angenommen:

„Die Landesinstanzen der Sozialdemokratischen Partei Sachsens haben sich in einer gemeinsamen Sitzung mit den Landesabgeordneten und den sächsischen Reichstagsabgeordneten am 17. September mit der politischen Lage in Sachsen nach den Vorgängen im Reich beschäftigt.“

Die Möglichkeiten, Notentwürfen durch Volksentscheid zu verhindern, ist schon durch das Verhalten der Kommunisten gefährdet worden, die einen solchen Volksentscheid nur zum Kampf gegen die Sozialdemokratie benutzen.

## Bürgerkrieg um Wien?

Von Dr. Julius Deutsch, Wien

Der österreichische Zeitungen zu Gesicht bekommt, kann jetzt täglich von Tumulten, von kriegerischen Rüstungen und von wilden Drohreden der Heimwehrhülsen, die die Bürgerkriegsvorbereitungen mitnehmend begleiten. Im schwärzen Tirol schwört man von einem „Marsch nach Wien“ und stellt sich so an, als ob der kleine Innsbrucker Provinzadmiral, der die Tiroler Heimwehrbrigaden kommandiert, den russischen Marsch nach Rom nachahmen könnte. So weit ist es natürlich noch lange nicht. Oesterreich ist nicht Italien, und Steidle ist kein Mussolini.

Aber es wäre andererseits doch verfehlt, den österreichischen Heimwehrhülsen jede Bedeutung abzusprechen und die Gefahr, die von ihnen ausgeht, zu unterschätzen. Die Gefahr liegt vor allem darin, daß es den Heimwehren gelungen ist, im österreichischen Bürgertum eine ausgesprochen faschistische Ideologie zu erwecken. Die bürgerlichen Parteien sind heute bis zu einem gewissen Grade die Gefangenen jener politischen Wildlinge geworden, die den Tag kaum mehr erwarten können, an dem sie mit Maschinengewehren gegen die organisierte Arbeiterschaft zu Felde ziehen. Ueber das österreichische Bürgertum hat der Faschismus tatsächlich einen Erfolg davon getragen! Aber von diesem Erfolg bis zum Siege über eine so gut organisierte und gekämpft geführte Arbeiterklasse, wie es die österreichische ist, hat es noch keine guten Wege...

Die politische Lage in Oesterreich steht im Zeichen des Kampfes um den Wiener Marsch. Die kapitalistischen Klassen laugen Sturm, obwohl die Aufrechterhaltung des Wiener Marsches nicht allein im Interesse der Arbeiterschaft liegt, sondern auch für große Teile des Klein- und Mittelgewerbes und der Kleinindustrie Oesterreichs von der größten Bedeutung ist. Ja, es ist so, daß der Wiener Marsch eigentlich eine Art Exportprämie darstellt, ohne die die schwer kämpfende Industrie Oesterreichs sich kaum auf ihrer heutigen Höhe behaupten könnte. Wenn trotzdem die bürgerlichen Parteien den Wiener Marsch mit allen Mitteln zu Fall zu bringen suchen, dann tun sie es deshalb, weil in ihren Reihen die verhältnismäßig gut organisierten Gruppen der Hausbesitzer eine so starke Macht darstellen, daß sich ihr gegenüber die anders orientierten Teile des Bürgertums nicht durchsetzen können.

Die Heimwehren haben sich, wie kaum anders zu erwarten war, auf die Seite der extrem kapitalistischen Gruppen gestellt. Sie drohen den Sozialdemokraten für den Fall, daß sie in der Frage des Wiener Marsches nicht klein beigeben, die Anwendung von Brachialgewalt an. Als eine Art Generalprobe dafür war der für den 7. Oktober in Wien-Neustadt geplante Heimweharmy Marsch gedacht. Die Vertrauensmänner der Arbeiter des Wiener-Neustädter Industriebezirks, des größten industriellen Zentrums außerhalb Wiens, beantworteten die Ankündigung des Heimweharmy Marsches mit dem Beschlusse, am gleichen Tage und am gleichen Orte einen Arbeitertag abzuhalten.

Kein Zweifel, daß das gleichzeitige Stattfinden dieser beiden Veranstaltungen die Gefahr eines blutigen Zusammenstoßes unbedeutend macht. Der sozialdemokratische